

**Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen Armut:
Joint Venture für Arbeit!**

Dass immer mehr Menschen auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie seit längerer Zeit aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, darf nicht einfach hingenommen werden. Abgesehen von den finanziellen Auswirkungen verschlechtert eine lange Sozialhilfeabhängigkeit die körperliche und psychische Gesundheit der betroffenen Menschen nachgewiesenermassen.

Es braucht ein differenziertes Angebot an Arbeitsintegrationsmassnahmen, um auf die unterschiedlichen Ressourcen und Problemstellungen der arbeitslosen SozialhilfebezüglerInnen zu reagieren: Beschäftigung/Tagesstruktur, Abklärung, Arbeitstraining, Coaching, Qualifizierung durch Weiterbildung. Solche Programme stossen allerdings auch an Grenzen, weil der Sprung in die Arbeitswelt zu gross sein kann. Es braucht daher verstärkte Bemühungen, Arbeitsplätze für SozialhilfebezüglerInnen in der Wirtschaft zu schaffen. Es müsste für Firmen diversifizierte Möglichkeiten geben, Arbeitsplätze anzubieten und sich damit als „Arbeitgeber mit sozialer Verantwortung“ zu profilieren.

Wünschenswert sind Praktikumsstellen als „Arbeit auf Probe“: Nach einem befristeten Einsatz in einem realistischen Arbeitsumfeld, bei dem nicht der Lohn im Vordergrund steht, können SozialhilfebezüglerInnen Erfahrungen sammeln, ein wohlwollendes Arbeitszeugnis mitnehmen und im besten Fall von dort aus eine Stelle im Betrieb antreten, nachdem sich der Arbeitgeber überzeugen konnte, dass jemand gewillt ist, mit entsprechender Unterstützung gute Leistungen zu erbringen.

Es bestehen Möglichkeiten, neue innovative Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Neue Angebote mit hohem PR-Gewinn für die beteiligten Firmen: Beispielsweise ein Päckli-Lieferservice zwischen Innerstadtgeschäften und Parkhäusern schafft gleichzeitig neue Einsatzplätze für SozialhilfebezüglerInnen. Eine typische Win-Win-Situation.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Aktionsprogramm für ein „Joint Venture für Arbeit“ in das privatwirtschaftliche Unternehmen eingebunden sind, mit dem Ziel, eine Palette von Praktikums-, Beschäftigungs- und Arbeitsplätzen für SozialhilfebezüglerInnen zu schaffen sowie einen Schritteplan zur Integration von Langzeiterwerbslosen.
2. Jährliche spezielle Honorierung oder Erwähnung von Unternehmen, welche mithilfe innovative Projekte zu tragen und zu finanzieren als „soziale Unternehmen mit Verantwortung für das Gemeinwohl“ o.a.
3. Übernahme von Teillohnfinanzierung für leistungsreduzierte SozialhilfeempfängerInnen mit klarer Befristung, um (Dauer-) Subventionierung von Arbeitsplätzen (Wettbewerbsverzerrung) zu verhindern.
4. Für arbeitsfähige, aber schwer vermittelbare, daher schlecht integrierbare Personen müssten auch Modelle erprobt werden, welche einer unbefristeten Finanzierung bedürfen.

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Rolf Schuler, Ruedi Keller, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Christof Berger, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Postulantinnen und Postulanten, dass Langzeitarbeitslosigkeit und lang andauernde Sozialhilfeabhängigkeit sowohl für die Betroffenen als auch für die öffentliche Hand gravierende Folgen haben. Ebenso erachtet er ein differenziertes Angebot an Arbeitsintegrationsmassnahmen sowie die Schaffung geeigneter Arbeitsplätze für Sozialhilfeempfangende als notwendig.

Auf der Grundlage der vom Gemeinderat am 2. November 2005 verabschiedeten und vom Stadtrat mit SRB 232 vom 18. Mai 2006 zustimmend zur Kenntnis genommenen „Strategien und Massnahmen zur Bekämpfung der (Jugend-)Arbeitslosigkeit 2005 – 2009“ werden zahlreiche, von den Postulantinnen und Postulanten zur Prüfung angeregte Massnahmen bereits grösstenteils in Zusammenarbeit mit Unternehmen (KMU) und Nonprofit-Organisationen umgesetzt. Hauptanliegen dieser Strategie ist es, die zur beruflichen und/oder sozialen Integration führenden Praktika-, Beschäftigungs- und Arbeitseinsätze wenn immer möglich im „Zielgelände“ selber, das heisst im ersten Arbeitsmarkt und in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitgebenden anzubieten.

So konnten rund 70% der total 563 Sozialhilfebeziehenden, welche das Kompetenzzentrum Arbeit (KA) im Jahr 2006 neu auf einer Integrationsstelle im Rahmen der „Beschäftigungs- und Integrationsangebote der Sozialhilfe (BIAS)“ platzieren konnte, im ersten Arbeitsmarkt tätig sein. Zirka 30% der Platzierungen erfolgten in den vier Integrationsbetrieben des KA, welche

- Aufträge im Rahmen des service public (Betriebsführung der drei städtischen Velostationen und des Gratisveloverleihs Bern rollt) wahrnehmen oder
- in der Nischenproduktion (Bauteilrecycling und -verkauf in der Bauteilbörse Bern) tätig sind oder
- soziale Integration und Tagesstruktur durch Beschäftigung (Textilatelier, Glasdesign) ermöglichen.

Auf diesem Wege konnten im Jahr 2006 insgesamt 345 Arbeitsplätze generiert und mit Sozialhilfeempfangenden befristet oder dauerhaft besetzt werden; 201 Personen konnten durch eine Festanstellung ganz oder teilweise von der Sozialhilfe abgelöst werden.

Im Rahmen dieses Modells und der kantonalen Richtlinien können bereits heute in eingeschränktem Ausmass Teillöhne befristet via Sozialhilfe finanziert werden, indem Arbeitgebenden während maximal 6 Monaten 40% des branchenüblichen Lohns in Form von Einarbeitungszuschüssen zurückerstattet werden können.

Die Ausweitung dieses Modells auf zwar arbeitsfähige aber nicht vermittelbare Sozialhilfebeziehende und die Erprobung von neuen Modellen im Bereich des ergänzenden Arbeitsmarkts sind angesichts der strukturellen Veränderungen des ersten Arbeitsmarkts und deren Folgen jedoch unabdingbar.

Anlässlich der zwei Berner Wirtschafts- und Sozialforen, zu denen die Direktion für Bildung, Soziales und Sport gemeinsam mit dem HIV Sektion Bern und den KMU Stadt Bern in den Jahren 2006 und 2007 eingeladen hat, wurden diese Anliegen bereits aufgegriffen. Sie sind

ebenfalls Thema am „Runden Tisch IASB“ (Integriertes Arbeitslosenprojekt der Stadt Bern) der Direktion für Bildung, Soziales und Sport sowie Gegenstand von Gesprächen und Verhandlungen mit der kantonalen Gesundheits- und Fürsorgedirektion.

Der Gemeinderat begrüsst die Stossrichtung des Vorstosses und unternimmt in diesem Bereich – wie dargelegt – bereits grosse Anstrengungen. Er beantragt deshalb dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 28. November 2007

Der Gemeinderat